

Keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten, Antizionisten und ihren Duldern

Sachverhalt

Als Resultat der Bundestagswahl vom 24. September 2017 besteht das deutsche Parlament zu knapp einem Viertel aus Mitgliedern politisch randständiger Parteien. Für die Deutsch-Israelische Gesellschaft stellt dies eine besondere Herausforderung dar, denn traditionell werden bei uns Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien ins Präsidium eingebunden. Es ist Zeit, diesen Brauch zu hinterfragen und unser Profil auch parteipolitisch zugunsten der unzweifelhaft demokratischen Fraktionen zu schärfen.

Mit der AfD stellt nun eine Partei die drittstärkste Fraktion, deren Mitglieder und Führungskräfte immer wieder das Geschichtsbild der Bundesrepublik ablehnen. 20 Jahre, nachdem die Wehrmachtsausstellung die ethische Grundausrichtung Deutschlands nachhaltig und positiv geschärft hat, relativiert AfD-Fraktionschef Alexander Gauland die verbrecherische Rolle der Wehrmacht im 2. Weltkrieg und in der Shoah. Für die Deutsch-Israelische Gesellschaft, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus verschrieben hat, ist diese Position unerträglich und indiskutabel. Die bürgerlichen Kräfte in der AfD, die den offenen Rechtsextremismus (etwa in den ostdeutschen Landesverbänden) eindämmen wollen, werden sichtbar schwächer. Darüber hinaus kann ihnen der Vorwurf nicht erspart bleiben, dass sie gegenüber den braunen Strömungen in der Partei eine falsche Duldsamkeit an den Tag legen. Dass die AfD nach zwei deutlichen Rechtsverschiebungen ins demokratische Lager findet, ist nicht zu erwarten.

Es ist freilich festzustellen, dass sich auch am linken Rand des politischen Spektrums immer wieder Positionen finden, die für die Deutsch-Israelische Gesellschaft unerträglich sind. Gerade in den westlichen Landesverbänden der Linkspartei gehört eine antizionistische Grundausrichtung zum guten Ton. Viele Mandats- und Funktionsträger sympathisieren mit PFLP und Hamas oder unterstützen die antisemitische BDS-Bewegung. Die Beispiele für offenen oder chiffrierten Antisemitismus in der Linkspartei sind Legion. Immerhin ernten diese Personen und Gruppen innerparteilich Widerspruch, doch solange ihre grundsätzliche Verortung als Teil der Linkspartei auch von den demokratischen Kräften nicht in Frage gestellt wird, ist die Linkspartei kein Partner für die DIG. Voraussetzung für eine Zusammenarbeit wäre überdies ein Bekenntnis zur Schuld der SED, als Teil des antizionistischen (Ost-)Blocks mehrere Kriege gegen Israel unterstützt zu haben. Dieses Erbe lastet auf der Linkspartei. Schlimmer noch: Es wird bis heute tradiert.

Auch in unzweifelhaft demokratischen Parteien bleiben antizionistische Positionen nicht selten unwidersprochen. Laute Kritik, etwa an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Feinden Israels, hört man selten. Im Gegenteil - nach Abschluss des Atom-Abkommens mit dem Iran etwa konnten es zahlreiche Minister aus SPD und Union kaum erwarten, in Teheran ihren Diener zu machen. In den

vergangenen Monaten fand selbst auf Bundesministerebene eine beschämende Profilierung auf Kosten Israels statt. Innerparteiliche Kritik daran war nicht zu vernehmen. Umso wichtiger ist hier künftig die Stimme der Funktions- und Mandatsträger im Präsidium der DIG, von denen wir künftig deutliche und wahrnehmbare Kritikbereitschaft erwarten - gerade gegenüber eigenen Parteifreunden.

Petition

Die Hauptversammlung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft am 11 und 12. November 2017 beschließt:

1. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft schließt jede Zusammenarbeit mit Parteien aus dem rechtspopulistischen bis rechtsextremen Spektrum aus. Dies gilt explizit auch für die AfD.
2. Eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei ist für die Deutsch-Israelische Gesellschaft zwar langfristig denkbar, aber bis auf weiteres hochproblematisch. Voraussetzung dafür ist die eindeutige Distanzierung von Antizionismus und der antisemitischen BDS-Bewegung, sowie das Bekenntnis zur Schuld der SED, die mehrere Kriege gegen Israel unterstützt hat.
3. Alle in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft aktiven politischen Funktions- und Mandatsträger sind aufgerufen, in ihren Parteien und Fraktionen aktiv und entschieden gegen israelfeindliche Politik einzutreten.